

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Andreas Wagner, Sabine Leidig,  
Ingrid Remmers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 19/19488 –**

### **Fahrradprämie für alle**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie die Einführung einer Prämie in Höhe von 200 Euro als Zuschuss zur Finanzierung von Wartung und Reparatur sowie Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrrädern, E-Bikes, Lastenrädern und Fahrradanhängern fordern.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/19488 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

**Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur**

**Cem Özdemir**  
Vorsitzender

**Gero Storjohann**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Gero Storjohann

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/19488** in seiner 163. Sitzung am 28. Mai 2020 beraten und ihn zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Vor dem Hintergrund der aktuell herrschenden Corona-Pandemie führen die Antragsteller aus, dass die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) im Zusammenhang mit dem SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard empfehle, Arbeitswege zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Auto zurückzulegen, um so das Infektionsrisiko im ÖPNV zu senken. Durch die nach wie vor existierende Ansteckungsgefahr sei zwar davon auszugehen, dass Busse und Bahnen als Verkehrsmittel von vielen Menschen weiter gemieden würden. Gleichzeitig sei es aber sinnvoll, insbesondere im innerstädtischen Verkehr durch Anreize steuernd so einzugreifen, dass diejenigen, die Busse und Bahnen wegen des Ansteckungsrisikos derzeit nicht nutzen, möglichst auf das Fahrrad und nicht das Auto umstiegen. Daher sei eine verbesserte Förderung des Radverkehrs notwendig. Je mehr Menschen das Rad nutzten, desto leichter werde es, in Bus und Bahn den Mindestabstand von 1,50 Metern zueinander einzuhalten.

Die Einführung einer Fahrradprämie sei, neben dem Ausbau der Fahrradinfrastruktur, ein Mittel, um den Radverkehr gezielt zu fördern. Mit der Prämie als Zuschuss zur Finanzierung von Wartung und Reparatur (einschließlich Ersatzteilen) von Fahrrädern, E-Bikes, Lastenrädern und Fahrradanhängern sowie deren Ersatz- und Neubeschaffung solle ein Anreiz geschaffen werden, insbesondere für kurze Strecken auf das Rad umzusteigen und ggf. das eigene Fahrrad instand zu setzen.

Der Deutsche Bundestag solle daher die Bundesregierung auffordern, eine Förderrichtlinie für ein Programm „Fahrradprämie“ in Höhe von 300 Millionen Euro vorzulegen. Die Höhe der Prämie solle pro Person (einschließlich Kinder und Jugendliche) einmalig 200 Euro betragen. Empfänger von Arbeitslosengeld II könnten die Fahrradprämie als zweckbestimmte Einnahme beanspruchen, ohne dass der Betrag auf die Grundsicherung angerechnet würde.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass man zurzeit einen Hochlauf bei den Fahrradverkäufen habe. Insofern müsse man keine konjunkturpolitischen Anreize setzen. Außerdem gebe es einen Gebrauchtmittelmarkt für Fahrräder, sodass sich jeder leicht ein Fahrrad beschaffen könne. Ferner stelle sich die Frage, wie eine schnelle Prüfung entsprechender Anträge auf Erhalt der Prämie organisatorisch umgesetzt werden solle. Eine langwierige Antragsprüfung stünde dem erwarteten Effekt einer Fahrradprämie entgegen.

Die **Fraktion der SPD** merkte an, es sei sozialpolitisch wünschenswert, dass Menschen, die über wenig Einkommen verfügten, Fahrräder erwerben könnten. Über Sozialkaufhäuser sowie Recyclingsysteme, in denen Fahrräder instand gesetzt würden, wäre dies in den meisten Kommunen gewährleistet. Konjunkturelle Anreize durch eine zusätzliche Kaufprämie würden wahrscheinlich nicht dazu führen, dass noch mehr Fahrradverkehr stattfände. Die Zweiradindustrie sei gut ausgelastet. Die Menschen kauften derzeit genug Fahrräder, sodass ein konjunktureller Anreiz nicht seine Wirkung entfalten werde. Allerdings könne man sich vorstellen, den Kauf von Lastenrädern zu fördern. Eine pauschale Förderung halte man nicht für zielführend.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, dass eine Fahrradprämie eine Fehlallokation von Steuergeldern darstelle. Es handele sich um eine teure Subvention mit einem riesigen bürokratischen Aufwand, der in keinem Verhältnis zum erwarteten Nutzen stehe. Ob jemand temporär das Rad oder andere Verkehrsmittel benutze, werde durch die Prämie kaum beeinflusst. Vielmehr rechne man mit Mitnahmeeffekten durch Personen, die aufgrund dieser Prämie billig ein Fahrrad erwerben würden und dieses anschließend absetzten, ohne es zu verwenden. In der Corona-Krise habe man gesehen, dass viel für den Individualverkehr spreche und die Infektionsgefahr dadurch geringer sei. Der Pkw sei dem Fahrrad unter dem Aspekt der „Infektionswahrscheinlichkeit“ überlegen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass man staatliche Prämien grundsätzlich ablehne. Jeder, der in Deutschland ein Fahrrad haben wolle, könne es sich auch leisten. Ferner gebe es viele Projekte, in denen Fahrräder wieder aufgearbeitet würden. Daher sehe man für eine derartige Prämie keinen Bedarf.

Die **Fraktion DIE LINKE**. begründete ihren Antrag mit der Corona-Pandemie, die sich nicht nur auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben, sondern auch auf das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung auswirke. Viele Menschen mieden seit Beginn der Pandemie öffentliche Verkehrsmittel aus Sorge, sich mit dem Corona-Virus anzustecken. Eine Fahrradprämie von 200 Euro würde auch denjenigen zugutekommen, die ein geringes Einkommen hätten oder deren Einkommen in Folge der Pandemie weggebrochen sei. Im Vergleich zur Kaufprämie für Autos hätten von einer Fahrradprämie auch diejenigen etwas, die sich ein Auto nicht leisten könnten, keine Fahrerlaubnis hätten oder klimafreundlich unterwegs sein wollten. Eine Fahrradprämie könne einen wichtigen Impuls zur weiteren Stärkung der heimischen Fahrradwirtschaft geben und würde dem „sanften Tourismus“ einen Schub geben. Man brauche eine kurzfristig wirkende Maßnahme mit Lenkungswirkung. Dazu gehöre die Fahrradprämie, die ein zusätzlicher Anreiz sein solle, verstärkt das Rad zu nutzen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bekräftigte, dass es mehr Geld für den Radverkehr brauche. Mangelnde Fahrradverkäufe seien aktuell aber nicht das Problem, so dass die Begründung eines erforderlichen konjunkturellen Anreizes nicht trage. Der Fokus einer Fahrradförderung müsse anders gesetzt werden, wenn man sie sozial- und wirtschaftspolitisch rechtfertigen wolle. Da kämen die Personengruppen in den Fokus, die sich kein Fahrrad leisten könnten. Das Bundesverkehrsministerium werde gefragt, was im Rahmen des Konjunkturpaketes für den Radverkehr konkret vorgesehen sei.

Das **Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur** antwortete, dass das Konjunkturpaket eine Fülle von Maßnahmen enthalte, die der Stabilisierung der Konjunktur dienten. Ein Ziel sei, die Lkw-Flotte durchzutauschen und die Fahrzeuge damit umweltverträglicher zu machen. Darauf ziele das Programm auch bei den Fahrzeugen im Sozialdienst ab. Für eine Fahrradprämie sehe man keinen Raum.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

**Gero Storjohann**  
Berichterstatter







